

# Sächsische Zustände Wo die Demokratie sich einigelt

Lenz Jacobsen

Ein landsmannschaftliches „Wir“ steht gegen ein „Die“ aus Ortsfremden. Von etablierten Parteien, Politik und Medien ist man mindestens enttäuscht, wenn man sie nicht gar als Bedrohung wahrnimmt. In den „Wir sind das Volk“-Rufen auf den Straßen von Dresden, Plauen oder Meißen zeigt sich der unbedingte Wille zur inneren Homogenität, zur Identität mit sich selbst. Und kaum jemand stellt sich diesem Anspruch einer lauten Minderheit entgegen, im Namen des Volkes zu sprechen. Zusammenhalt scheint wichtiger als ein Pluralismus, der immer auch darin besteht, Differenzen nicht ausräumen zu können, sondern sichtbar zu machen und auszuhalten. Das sind die sächsischen Zustände, um die es hier gehen soll. In ihnen wird eine Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie sichtbar, die längst weit über Sachsen hinausreicht.

## Demokratie – ein Rückblick

Was in Sachsen gerade mit aller Wucht zurückkehrt, ist die Vorstellung, dass es *ein* Volk mit *einem* einheitlichen Willen gibt und Politik darin besteht, diesen Willen zu erkennen und umzusetzen. Das ist kein Grund zur Anklage, denn diese Einheitlichkeitsvorstellung ist nicht undemokratisch. Sie war vielmehr von Anfang an das Versprechen der Demokratie. Schon die „volonté générale“ eines Jean-Jacques Rousseau meint einen eindeutigen, allgemeinen Willen. Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie die Vorstellung vom einstimmigen Volkswillen die frühdemokratische Praxis prägte. In den Townships der amerikanischen Ostküste wie im nachrevolutionären Frankreich galten Meinungsverschiedenheiten als Störung des eigentlichen, einstimmigen demokratischen Gleichgewichts. In manchen Orten an der amerikanischen Ostküste führte dieses Homogenitätsbestreben zur Abschottung: Dörfer verzichteten lieber auf Wachstum, als neue Menschen in die Stadt zu lassen, die anderen Kirchen angehörten. Ein Verhalten, das sich – ausgesprochen oder unausgesprochen – auch in Sachsen viele wünschen: lieber rein deutsch schrumpfen als Muslime aufnehmen.

In vielen Regionen Frankreichs erreichten noch weit ins 19. Jahrhundert hinein die lokalen Abgeordneten bei Wahlen Ergebnisse von weit über 90 Prozent der Stimmen. Obwohl formal Sachentscheidungen im Mehrheitsverfahren und nicht einstimmig getroffen wurden, gab es nicht einmal eine arithmetische Vorstellung von „Mehrheit“ in der Politik. Der Begriff kam in den einschlägigen politischen Wörterbüchern gar nicht vor. Stattdessen wurde implizit so getan, als seien Mehrheitsentscheidungen und allgemeiner, einstimmiger Volkswillen identisch. Diese Gleichsetzung nennt der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon die „Gründungsfiktion“ der Demokratie.

In Sachsen bricht diese ursprüngliche Politikvorstellung aktuell wieder durch. Das liegt an spezifisch sächsischen Bedingungen, die dazu beitragen, dass viele der Legitimationsquellen der modernen repräsentativen Demokratie kaum noch ergiebig sind. Es liegt aber auch an grundsätzlicheren Entwicklungen, die auch jenseits von Sachsen längst wirksam sind. Will man dem aktuellen Legitimitätsverlust der Demokratie auf den Grund gehen, bietet sich Sachsen also besonders an.

Jürgen Habermas sprach von „vorbürgerlichen und bürgerlichen Traditionsbeständen“ als Ressourcen eines sinnvollen Lebens. Ihm ging es dabei allerdings nicht um die Traditionen selbst, sondern um ihre gesellschaftliche Funktion: Menschen brauchen einen Rückzugsraum, der aus religiösen oder weltlichen

---

**Summary:** If you are eager to study the modern democracies' legitimation crisis, go and visit the Free State of Saxony. It is a striking example of how people prefer cohesion to pluralism and define politics as the mandate to implement the allegedly uniform will of the people. The example of Saxony might explain the crisis by pointing out factors which are not limited exclusively to this region: vanishing identity-forming traditions, a fragile structure of the public sphere, and the state institutions' loss of control.

---

**Kurz gefasst:** Im Freistaat Sachsen ist die Legitimationskrise der modernen Demokratie besonders deutlich erkennbar. Zusammenhalt wird dort als wichtiger empfunden als Pluralismus, Politik soll einen vermeintlich einheitlichen Volkswillen umsetzen. Am Beispiel von Sachsen lassen sich die Gründe für die allgemeine Krise der Demokratie besonders klar erkennen: das Verschwinden identitätsstiftender Traditionen, eine schwache Struktur der Öffentlichkeit und der Kontrollverlust staatlicher Institutionen.



Lenz Jacobsen war im September und Oktober 2016 Journalist in Residence am WZB. Er ist Politikredakteur bei *Zeit-online* in Berlin und beschäftigt sich vor allem mit dem Erfolg neuer Proteste und Parteien (Pegida, AfD), die sich von den aktuellen demokratischen Institutionen in Deutschland nicht repräsentiert fühlen.

Der Artikel ist der gekürzte und überarbeitete Vorabdruck eines Textes, der 2017 im Buch „Ist Sachsen anders?“ der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erscheinen wird. (Foto: privat)

lenz.jacobsen@zeit.de

Selbstverständlichkeiten besteht. Geschichtliche, sprachliche und sonstige kulturelle Gemeinsamkeiten geben Menschen als Bürgern das Gefühl, zusammengehören.

Solche Traditionsbestände sind in Sachsen besonders wichtig. Dazu gehört der ausgeprägte Heimatstolz, den die sächsischen Machthaber von August dem Starken bis Kurt Biedenkopf gepflegt und gestärkt haben. Die sächsische Identität diente über Jahrhunderte immer wieder als Fluchtpunkt aus einer Gegenwart, die oft von Fremdherrschaft und politischer Entmachtung bestimmt war. Das schöne, friedliche, stolze Sachsen mit seiner Feierkultur und dem barocken Prunk, das Sachsen der Bergbaumythen und des Bürgerstolzes: Es ermöglichte den Bewohnern eine stabilisierende, vereinende Identität.

Teil dieser Identität ist eine kollektive Erinnerungspraxis, die auf Lust statt Last setzt und alles Lästige auf andere, nicht-sächsische Identitätsschichten schiebt. Zur sächsischen Identität gehört die Pflege sächsischer Mythen, die Geschichten über August den Starken und Gräfin Cosel, die Eierschecke, die Burgen und Schlösser. Dazu gehört auch eine „landsmannschaftliche Verbundenheit, die der Sachse sich gönnt“, wie der in Dresden lehrende Politikwissenschaftler Hans Vorländer sagt. Und dazu gehört auch die Pflege einer Privatheit, die durch Familie und Tradition geprägt war und sich ihre Freiheit gerade durch die Abwendung von Politik verschaffte. Uwe Tellkamp hat dieser Haltung in seinem Roman „Der Turm“ ein Denkmal gesetzt.

Man kann manche Aspekte des aktuellen sächsischen Zustands als Reaktion auf die Erosion dieser Traditionsbestände deuten. In der Sorge um das klassische Familienmodell beispielsweise käme dann weniger die Furcht vor einer baldigen Dominanz homosexueller oder sonst wie „alternativer“ Familien- und Lebensmodelle zum Ausdruck, sondern die Verstörung darüber, dass diese Dinge überhaupt verhandelbar geworden sind.

Noch etwas zeichnet die Lage in Sachsen aus: Deliberative Politik scheint hier an ihre Grenzen zu stoßen. Mit diesem Konzept hat Jürgen Habermas beschrieben, wie in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit Diskurse die Einzelnen (die Peripherie) mit den Institutionen der politischen Herrschaft (dem Zentrum) verbinden. Weil sie am Prozess der Entscheidungsfindung selbst beteiligt sind und diesen als transparent und nachvollziehbar miterleben können, erleben sich die Bürger als souverän und verleihen den demokratischen Entscheidungen auch dann Legitimation, wenn sie diesen im Einzelfall widersprechen. Dieses Konzept beantwortet zwar die Frage, wie eine demokratisch legitime Entscheidung zustande kommen soll, nämlich durch einen Diskurs aller mit allen und den „zwanglosen Zwang des besseren, weil einleuchtenderen Arguments“ (Habermas). Doch dieser ideale Diskurs, an dem alle gleichermaßen und mit gleichen Chancen teilnehmen sollen, wird so nie erreicht. Entscheidend ist, wie sehr sich Einzelne am deliberativen Prozess beteiligen oder zumindest vermittelt das Gefühl haben, beteiligt zu sein.

Es gibt Indizien dafür, dass sich Sachsen weniger an diesen Prozessen der politischen Öffentlichkeit beteiligen. Zum Beispiel in Parteien, den klassischen Institutionen dieses Diskurses. Der sächsische Landesverband der CDU hat sich immer durch ein breites, landsmannschaftliches Politikangebot ausgezeichnet. Das beginnt schon beim Namen: Die Partei nennt sich hier „Sächsische Union“, legt also weniger Wert auf ihre christdemokratische Programmatik und mehr auf den Anspruch, Union aller zu sein, also zu vereinen. Das landsmannschaftliche Politikangebot der Sächsischen Union hat sich aber nie auf die Mitgliederzahlen ausgewirkt. Von 10.000 Sachsen sind 27 Parteimitglieder der CDU. Das ist die geringste Quote aller ostdeutschen CDU-Landesverbände. Alle anderen kommen auf Werte deutlich über 30. Die CDU in Thüringen, die seit der Wende als einzige zumindest annähernd ähnlich hohe Wahlergebnisse wie die sächsische CDU erzielt hat, kommt sogar auf einen Wert von 48,8 Parteimitgliedern unter 10.000 Bürgern. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die sächsische Union trotz ihrer Wahlerfolge vergleichsweise schwach darin ist, Bürger institutionell in den politischen Diskurs einzubinden. Das schwächt die demokratische Legitimität.

In Sachsen ist außerdem das Misstrauen gegen Journalisten und andere vermeintliche Eliten besonders groß. Das mag begründet sein, wenn sich das Misstrauen gegen handwerkliche Schwächen oder eine eher urteilende als aufklärende Berichterstattung wendet. Das Misstrauen erfüllt aber auch eine egoistische Funktion: Unliebsame Fakten und Argumente können als ungültig aussortiert werden, wenn sie von „den Medien“ kommen. So dient das Misstrauen dazu, das eigene Weltbild widerspruchsfrei und die eigenen Forderungen ungedämpft durch Einwände und Abwägungen zu halten.

Schließlich herrscht in Sachsen eine Ungeduld gegenüber dem, was anderswo gerne Debatte genannt wird, hier aber schnell nur als „Gerede“ gilt. Dass Politik nicht mehr liefert, sondern sich in Gerede und Irrelevantem verfängt, ist eine weit verbreitete Einstellung.

Das hat mit der Dominanz der technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz über die Geisteswissenschaften zu tun. Sie hat den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens gerade nach der Wende begründet. Ingenieure stehen für einen Dualismus aus wahr oder falsch, aus Nullen und Einsen, der mit dem Sowohl-als-auch und dem Pluralismus der Sichtweisen und Wahrheiten, wie ihn die Geisteswissenschaften pflegen, wenig anfangen kann. Dieses Umfeld fördert die Erwartung an Politik, Dinge endlich geregelt zu bekommen.

Aber geht es den Sachsen nicht gut? Führt es nicht in den PISA-Tests die Republik und in der wirtschaftlichen Entwicklung zumindest den Osten an? Um das Problem zu verstehen, muss man sehen, dass es um mehr geht als um die persönlichen materiellen Umstände. Es geht darum, ob man der Politik Steuerung und Regieren generell noch zutraut. Dramatischstes Beispiel für den Verlust dieses Vertrauens bleiben die multiplen Krisen, die 2008 auf dem US-Immobilienmarkt ausgelöst wurden. Die Politik konnte zum Teil nur noch durch Schadensbegrenzung reagieren und blieb zum anderen Teil handlungsunfähig, weil sie sich nicht auf internationale Regelungen einigen konnte. So entstand bei den Bürgern der Eindruck, Spielball und Opfer von Dynamiken und Entwicklungen zu sein, deren Souverän sie eben nicht mehr selbst sind.

Ähnlich verhält es sich jetzt bei der so genannten Flüchtlingskrise. Hier überwinden Menschen nationale Grenzen, ohne eingeladen worden zu sein, und stellen damit die (immer schon prekäre) Hoheit des Staates darüber infrage, wer sich auf seinem Territorium aufhält. Man kann nun einwenden, dass es eine abstrakte (aus einem humanitären Universalismus erwachsende) wie auch konkrete (aus wirtschaftlicher und politischer Verflechtung entstehende) Mitverantwortung europäischer Staaten für das Schicksal von Flüchtlingen gibt – seien sie bedroht oder nur auf der Suche nach besseren Lebenschancen. Mit Bezug auf unsere Frage nach der Legitimität demokratischer Herrschaft in Sachsen ist etwas anderes entscheidend: der Eindruck des Kontrollverlusts durch die deutsche Politik, als Zigtausende unregistriert über die Grenze kamen. Dadurch verlor in den Augen vieler die eigene Regierung eher an Legitimation, als sie durch die humanitäre Geste der Aufnahme gewann. Dies ist die zentrale Erfahrung jener, die der Meinung sind, die deutsche Regierung kümmere sich nicht mehr genug um das „eigene Volk“, also um die Interessen der deutschen Bevölkerung.

Sachsen erfährt also eine dreifache Krise demokratischer Legitimation. Erstens werden die vopolitischen Quellen kollektiver Identität geschwächt und können nicht gleichwertig ersetzt werden. Zweitens ist der öffentliche, politische Diskurs hier nur eine schwache Legitimationsquelle, was teilweise an sächsischer Diskurs-Aversion liegt und teilweise daran, dass sich die Struktur der Öffentlichkeit zuungunsten einer funktionierenden demokratischen Deliberation ändert. Drittens erfahren die Bürger den zunehmenden Kontrollverlust vermittelt als Krise auch der eigenen politischen Souveränität. So wird „Wir sind das Volk“ zur Rückfalloption eines politischen Subjekts, dem andere Möglichkeiten der Souveränitätserfahrung abhandengekommen oder fremd geblieben sind.

#### **Literatur**

*Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1973.*

*Jacobsen, Lenz: „CDU Sachsen: Alles, was das Volk ist“. 17. September 2015. In: ZEIT ONLINE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/meissen-cdu-sachsen-rassismus> (Stand: 22.11.2016).*

*Rosanvallon, Pierre: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg: Hamburger Edition 2010.*